

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Verlagskonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Kontenlo: Gebr. Krauß, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 201. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompartimentszeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für ausmündige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Goldpf.

Nr. 201

Dresden, Donnerstag den 28. August 1924

35. Jahrg.

Der Reichstag in Auflösung

Kommunistisch-völkische Prügelmänner — Abg. Probus verwundet — Zweidrittelmehrheit nicht erreicht — Die Verlegenheit der Deutschnationalen

Berlin, 27. August.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Was für jede Zusammenkunft gestifter Menschen gilt, muß erst recht für die Verletzung eines großen Volkes Geltung haben: den Meinungsstreit in würdigen Formen, im geistigen Ringen auszutragen. Nicht zuletzt ist das von jeder Arbeit in der Arbeiterbewegung gewesen. Man stelle sich vor, daß in einer Gewerkschaftsversammlung, in einer Betriebsratsitzung einer auffringt, um dem, der anderer Meinung ist, an die Gurgel zu gehen, und jeder Arbeiter hat den Maßstab dafür, daß solche Ausschreitungen im Streit der Geister unmöglich zugelassen werden können.

Die Völkischen und die Kommunisten sind anderer Auffassung. Wir wissen dies nicht nur aus diesem Reichstag, den sie heute zum Schauplatz einer Kirchweihrauserei gemacht haben, sondern wir haben ihre Reklame zum Niederschreiben und zum Niederdragen des politischen Gegners in zahlreichen Versammlungen erleben müssen. Wo jedes tiefere Wissen fehlt, wo hemmungsloser Fanatismus regiert, wo die Sucht nach Sensationen alle politische Vernunft überwuchert, wo Bestimmungslosheit das Gehirn umnebelt, muß die Faust herhalten, um den Gegner zu „überzeugen“.

Was war der Anlaß zu der minutenlangen Prügelei im Reichstage? Der Reichstag lehnte die kommunistischen Anträge ab, die ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten zu der entscheidenden Abstimmung hinzuzuziehen. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte für diese Anträge. Es lag also diesmal für die Kommunisten nicht der geringste Grund zu einem Ausfall gegen unsere Fraktion vor. Der Nationalsozialist Friedl beantragte unter lebhaftem Beifall auch der Kommunisten, den Amnestieantrag nun noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, um die Ueberweisung an einen Ausschuss zu ermöglichen. Genosse Dittmann unterstützte diese Anregung, die auch im Sinne der Kommunisten lag, von denen mehrere Abgeordnete noch in Haft saßen. Also wiederum kein Grund zur Aufregung über die Sozialdemokratie. Nur erhab der demokratische Abgeordnete Probus auf Widerspruch gegen den völkischen Antrag. Das war nach unserer Auffassung falsch, und Völkische und Kommunisten waren durchaus berechtigt, den demokratischen Abgeordneten wegen dieses Widerspruchs, der die neue Verhandlung der Amnestieanträge vereitelte, aufs schärfste anzugreifen und ihn auch öffentlich vor seinen Wählern zur Verantwortung zu ziehen. Ebenso wenig aber kann man dem Abgeordneten Probus das Recht absprechen, diesen Widerspruch zu erheben; es steht ihm geschäftsmäßig zu.

Was aber geschah? Völkische und Kommunisten, die erstere zunächst am meisten, vollführten minutenlang ein wildes Toben gegen den Abgeordneten. Die Schimpfwörter Lump, Schuft, Drecksack, Vandal, Kaufjude und ähnliche schwirrten von rechts und links nur so durch den Saal. Wenn die Kommunisten sich einen Augenblick zu beruhigen schienen, so schaltete Herr von Graefe mit seinem Trotz durch wilde Zurufe und gedohnte Kräfte sie von neuem an. Ruhig sah Abgeordnete Probus, ruhig saßen die sozialdemokratischen Abgeordneten zwischen den brüllenden Hysterikern. Da rief der Abgeordnete Grube, in Echemm gewählt wie Probus, leidenschaftlich und mit wutverzerrtem Gesicht auf Probus zu, schloß ihn am Hals, und ehe man sich's versteht, hageln die Hiebe auf den körperlich schwächlichen Probus nieder. Als es ernst wird, rücken sich die Völkischen zueinander, die Kommunisten aber stoßen in einer geschlossenen Kolonne vor und ihr Haß entzündet sich sofort auch gegen die Sozialdemokraten, die an der ganzen Erregung, an dem ganzen Vorfall, keine Schuld tragen. Die Kommunisten Schütz, Reddermeyer, Eppstein und etliche andre schrien über sozialdemokratische Abgeordnete her. Genosse Peine und einige andre wehrten den brutalen Angriff ab, und etliche Kommunisten, zumal der Kaufbold Eppstein, dürften fürs erste die Luft des Saales haben, noch einmal einen Ueberfall auf die sozialdemokratische Fraktion zu veranstalten.

Es war ein schändliches Schauspiel. Auch wer aus den Versammlungen des letzten Wahlkampfes manches an Wähe in Erinnerung trägt, wurde von Ekel gepackt über diese Sorte von Volkswortführern, über diese politischen Apachen, die von deutschen Arbeitern in den Reichstag entsandt worden sind. Da hört jedes Versehen und jede Tadelung auf. Da klafft der Abgrund zwischen Männern und Knaben, zwischen Arbeitern und gewöhnlichen Rabaukdrückern. Was soll geschehen? Ein neuer Reichstag muß kommen. Kann gebildet werden, daß die Reichstagsabgeordneten weder ihrer Ehre noch ihres Lebens sicher sind? Die Völkischen und Kommunisten haben durch ihr Verhalten die Maßnahmen heraufbeschworen, über die sie sich natürlich prompt und schauspielerisch entließen, wenn sie durchgeführt werden. So sehr die Sozialdemokratie von der Unfähigkeit des jetzigen deutschnationalen Präsidiums überzeugt ist, der mit indirekter Hilfe der Kommunisten auf seinen Sitz erhoben worden ist, so entschieden wird sie jedes Präsidium bedauern, das für parlamenta-

rische Ordnung und für die Sicherheit der Abgeordneten gegen den Terror jeder Fraktion Sorge trägt.

Die Kommunisten bewegen sich ja in den tollsten Widersprüchen. Sie fordern die Amnestie in den besetzten Gebieten, aber sie lehnen die Sachverständigenkommission ab, deren Annahme erst die Voraussetzung für diese Amnestie ist. Sie fordern täglich zum bewaffneten Aufstand, zum Sturz der Republik, zur Befreiung ihrer Regierung mit allen Mitteln der Gewalt auf. Geht dann der Staat gegen sie vor, so schreiben sie über Vergewaltigung. Sie treiben Arbeiter, denen es an Schulung und Ueberlegung fehlt, zu politischen Verbrechen, die der Klassenjustiz zu Organen verhelfen. Dann fordern sie von derselben Regierung Amnestie, die sie täglich aufs wildeste beschimpfen und mit allen Gewalttaten bedrohen. Das ist nicht Politik, das ist die Logik des Tollhauses. Jeder Mensch mit gesundem Sinnen wird erkennen, daß terroristische Angriffe auf die Meinungsfreiheit im Parlament, wie sie heute im schlimmsten Ausmaß erfolgt sind, wahrhaftig nicht die Amnestie fördern und Mitleid für die kommunistischen Gefangenen wecken können. Die Kommunisten schlagen durch solche Mißspiele alles zusammen, was die Sozialdemokratie zur Erlangung einer Amnestie vorbereitet hat.

Ausschreitungen, Prügeleien sind auch schon in Parlamenten anderer Länder vorgekommen. Wir würden sie nicht tragisch nehmen, wenn diese Ausfälle im Reichstage nicht zum Schlimmen erhoben würden. Völkische und Kommunisten aber wollen mit dem Tone und dem Faustrecht der Raschene Demokratie und Parlamentarismus vernichten. Das darf ihnen nicht gelingen. Nur unheilbar Verblödete können glauben, daß der Untergang des demokratischen Deutschlands eine Herrschaft der Kommunisten oder Sozialisten bringen würde. Die Faustkämpfe der kommunistischen Mitglieder bereiten „starken Männern“, einer sachlichen Diktatur, den Weg. Das muß verhindert werden. Die deutsche Wählerschaft muß die völkischen und kommunistischen Götzendiener der Gewalt in ihre alte Bedeutungslosigkeit zurückwerfen, wenn die Massen zum Wahlkampf aufgerufen werden.

Ausschluß der Hauptschuldigen

Berlin, 27. August. Während der Sitzungunterbrechung nahm der Reichstag zu den Reden von Graefe in der Plenarsitzung Stellung. Gegen den Versuch, die Teilnehmer an der Schlägerei festzusetzen, protestierten die Kommunisten und Nationalsozialisten. Da sich der Reichstag so zum Untersuchungsamt in der Angelegenheit machte, Kommunisten und Deutsche für die Verhaftung der Beteiligten, die notwendigen Ermittlungen in anderer Weise durchzuführen, nach dem insbesondere die Verhältnisse des Herrn v. Graefe, die Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen, keine Zustimmung fanden. Auf Vorschlag des Zentrums wurde dann beschlossen, die Untersuchung der Vorgänge dem Vorstand des Reichstages überweisen, der sich sofort nach Beendigung der Sitzung des Reichstages damit befaßt. Er beschloß, die kommunistischen Abgeordneten Eppstein, Grube und Reddermeyer von der Mittwochsitzung auszuschließen.

Die dritte Sitzung des Reichstages wurde am Mittwoch nach der Pause um 6 1/2 Uhr eröffnet. Präsident Wallat rief zunächst den völkischen Abgeordneten v. Graefe zur Ordnung wegen seiner Verleumdung gegenüber dem Abgeordneten Dr. Probus. Dann schloß er die kommunistischen Abgeordneten Grube, Eppstein und Reddermeyer für die Mittwochsitzung aus und forderte sie auf, den

Saal zu verlassen; Johann unterbrach er die Sitzung für 5 Minuten. Als der Wiedereröffnung die drei Kommunisten noch anwesend waren, war damit der Ausschluß auf acht Tage automatisch verlängert und, da sie einer neuen Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht Folge leisteten, trat nach der Geschäftsordnung automatisch der Ausschluß für 20 Tage ein. Präsident Wallat gab nunmehr bekannt, daß er das Hausrecht wahren werde. Bei den Anordnungen der Exekutivbeamten nicht Folge leistend, machte sich der Ausschluß des Hauses und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig. Der Präsident ließ Johann die Subtribünen räumen und empfahl auch der Presse und den Abgeordneten, den Saal zu verlassen. Die meisten Pressevertreter blieben auf der Tribüne. Wenige Minuten später betraten etwa 20 Völkische in den Saal. Sie gingen, geführt vom Hausinspektor, durch die Reihen der kommunistischen Abgeordneten und ließen sich die drei ausgeschlossenen Abgeordneten bezeichnen. Die kommunistische Fraktion begrüßte die Polizeibeamten mit lebhaftem Händeklatschen und Schreien auf die Demokratie und die Republik. Die Kriminalbeamten forderten die drei kommunistischen Abgeordneten auf, den Saal zu verlassen, und siehe da: was sie dem Präsidenten verweigert hatten, taten sie gegenüber den Polizeibeamten gehorlos. Alle drei Abgeordneten gingen sofort und sitzten am Saal. Die übrigen kommunistischen Abgeordneten klatschten frenetisch Beifall. Zwei Tage lang auf einer der vorderen Bänke und lachte über das ganze Geschehen. Während die drei kommunistischen Abgeordneten dem Befehl der Polizeibeamten Folge leisteten, stimmten die Kommunisten die „Internationale“ an. Niemals ist das Kampflied der internationalen Arbeiterklasse so geschäftig worden, wie durch diese Gesellschaft, die bei einem solchen Schmierenschauspiel diesen Gesang anstimmte!

Vollmacht zu Neuwahlen

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler erstattete heute vormittag dem Reichspräsidenten Bericht über die politische Lage, in deren Beurteilung sich völlige Uebereinstimmung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten ergab. Der Reichspräsident erklärte sich mit der Unterzeichnung der Londoner Abmachungen am 30. August einverstanden und stimmte dem Reichskanzler darin zu, daß die Unterzeichnung auch die Verpflichtung zur Ausschöpfung aller parlamentarischen und verfassungsmäßigen Möglichkeiten für die Verabschiedung der zur Durchführung des Gutachtens erforderlichen Maßnahmen in sich schließt. Demgemäß erklärte der Reichspräsident dem Reichskanzler seinen Entschluß, den Reichstag aufzulösen, falls die zu beschließenden Gesetze nicht die erforderliche Mehrheit finden.

Die beabsichtigte Abkommandierung

SPD. Man kann es nur schwer glauben, aber es ist wahr. Am Mittwoch ist der parlamentarische Kuhhandel mit den Deutschnationalen nicht fortgesetzt worden. Das liegt weniger an der Volkspartei, als vielmehr an den Deutschnationalen, deren maßgebende Vertreter am Mittwoch mit den Leitern ihrer Landesverbände über die politische Lage, beraten haben und infolgedessen für die Dauer dieser mehrstündigen Beratungen sozusagen unabhkömmlich waren. Immerhin steht auch jetzt noch nicht fest, was werden wird, obwohl die deutschnationalen Landesverbandsleiter fast einstimmig im Auftrage ihrer Organisationen die Ablehnung der Sachverständigen-Befehle gefordert haben. Das besagt vorläufig gar nichts, so lange nicht die Abstimmung einwandfrei bewiesen hat, daß die Deutschnationalen auch tatsächlich ihren ablehnenden Standpunkt nicht nur in der Theorie vertreten, sondern auch in der Praxis durchgeführt haben. Bevor

Frankreich zur Auflösungsfrage

P. Paris, 27. August. (Fig. Traub.)

Eine von Herrriot in der Kammerdebatte am Sonnabend auf eine Anfrage gegebene Antwort hatte in den politischen Kreisen in Paris zu der irrtümlichen Auslegung Anlaß gegeben, als ob die französische Regierung, falls im Reichstag die Zweidrittelmehrheit für das Eigenratsgesetz nicht zustande kommen sollte, die auf Grund des Artikels 45 der Reichsverfassung gegebene Unterschrift der deutschen Regierung unter das Londoner Protokoll nicht anerkennen werde und sich am 1. September nicht mehr an die Forderungen der Londoner Konferenz gebunden halten würde. Diese Auslegung ist, wie der Korrespondent des Sozialdemokratischen Dienstes von dem unterrichteten Seite erfährt, absolut falsch. Die französische Regierung sieht vielmehr auf dem Standpunkt, daß die Frage, wie die deutsche Unterschrift zustandekommen wird,

eine rein innerdeutsche staatsrechtliche Angelegenheit ist, die die andere Regierung nicht berührt. Im Quotidian vertritt auch Genosse Grumbach diesen Standpunkt. Er führt aus, daß man in Berlin begreifen müsse, wenn Frankreich, dessen Parlament die Londoner Abmachungen durch ein ausdrückliches Vertrauensvotum gutgeheißen habe, eine ähnliche Ratifikation durch den Reichstag verlange. Das würde aber keineswegs besagen, daß die französische Regierung nicht in hohem Maße der besonderen Lage, in der sich die deutsche Regierung befindet, Rechnung zu tragen bereit sei, oder gar die auf Grund der Reichsverfassung zu gewöhnliche vorläufige Unterschrift der deutschen Regierung nicht anerkennen beabsichtige. Es sei völlig abwegig, glauben zu wollen, daß Frankreich dem deutschen Volke irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg legen würde, wenn es den politischen Irrtum, den es

bei den letzten Wahlen begangen habe, jetzt korrigieren wolle. Die Unterschriften von Ratz und Stresemann unter die Vereinbarungen von London könnten durch die Auflösung des Reichstages nur an Autorität gewinnen. Herrriot habe so ausreichende Beweise für seine Verhandlungsbereitschaft gegeben, daß man in Deutschland nicht zu befürchten brauche, daß die französische Regierung eine Auflösung des Reichstages als Vorwand für eine Richtigkeitserklärung der Londoner Konferenzergebnisse benutzen werde.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst erklärt, aus diesen Pariser Ausführungen, die sicher nicht ohne Einverständnis maßgebender französischer Kabinettsmitglieder erfolgten, entnehmen zu können, daß mit der Unterschrift des Londoner Protokolls, die voraussichtlich durch den deutschen Botschafter in London erfolgen werde, auch die Räumungssfristen zu laufen beginnen. Praktisch würde das bedeuten, daß 24 Stunden nach Unterzeichnung die Räumung von Dortmund und Umgebung erfolgt — trotz den deutschnationalen Katastrophopolitikern. Auch in Frankreich sei man also scheinbar davon überzeugt, daß der bei einer endgültigen Ablehnung des Eigenratsgesetzes an das deutsche Volk zu richtende Appell die nachträgliche Zustimmung des Reichstages zu der Unterschrift der Reichsregierung gewähre. Man hoffe, daß der französische Ministerpräsident durch weitere Beweise seiner Verhandlungsbereitschaft diese notwendige Zweidrittelmehrheit für den neuen Reichstag im Interesse beider Völker beschaffe.